

Breite Front gegen Windpark

Pyhra. Der Verbund präsentierte das geplante Projekt – die Gegner protestierten

VON JULIA SCHRENK

Mit so viel Widerstand hat Bürgermeister Werner Schmitzer (ÖVP) wohl nicht gerechnet. Diese Woche präsentierte der Verbund im Turnsaal der Landwirtschaftlichen Fachschule in Pyhra, Bezirk St.Pölten-Land, sein Konzept für den Windpark am Amerlingkogel.

Mehr als 400 Bürger waren zur Informationsveranstaltung gekommen – und schon bald mussten die Präsentatoren feststellen, dass hier sehr viel Überzeugungsarbeit notwendig sein wird, um die Bürger doch noch für das geplante Windkraft-Projekt zu begeistern. „Ich seh' schon, hier ist eine breite Front gegen den Windpark“, gestand auch der Moderator bald ein.

Wie berichtet, plant der Verbund gemeinsam mit der Gemeinde Pyhra am Amerlingkogel einen Windpark mit insgesamt sechs Windrädern zu errichten. Bei der Informationsveranstaltung präsentierte Projektleiter Philipp Wieltschnig vom Verbund erste Details: Maximal sechs Windräder sollen kommen, keinesfalls mehr. 140 Meter seien die geplanten Windräder hoch, der Durchmesser der Rotoren betrage 112 Meter. Laut Verbund können pro Jahr und Windrad 2000 Haushalte mit Strom versorgt werden. Erstmals wurden auch real berechnete Fotomontagen der Wind-



Die Bürgerinitiative „Komitee Zukunft Lebensqualität“ rund um Wolfgang Haydn (Mitte) setzt sich für eine Bürgerbefragung ein



Bürgermeister Werner Schmitzer (li.) und Philipp Wieltschnig vom Verbund (re.) hatten es nicht leicht. Viele Bürger fühlten sich uninformiert

räder aus den betroffenen Orten gezeigt. Doch die stießen auf breiten Widerstand in der Bevölkerung: „Wir lassen uns unsere Natur nicht zerstören“, schrie einer. „Das ist eine Steuergeldgewinnungsanlage, keine Windkraftgewinnungsanlage“ rief ein anderer und erntete dafür Applaus. Vielen Anwesenden ging es vor allem um eines: Mitbestimmung. „Dür-

fen wir mitentscheiden?“ – wollten vor allem die Mitglieder der Bürgerinitiative „Komitee Zukunft Lebensqualität“ beantwortet wissen.

Keine Befragung

Als Bürgermeister Werner Schmitzer daraufhin vor die Bürger trat, erteilte er dem Begehren gleich eine Absage: „Österreich ist immer noch ein Rechtsstaat und eine

Demokratie, in der das Volk Repräsentanten wählt. Und ich bin sicher nicht einer von diesen Populisten, der schwierige Entscheidungen weiter an die Bürger delegiert.“ Der Gemeinderat müsse diese Entscheidung fällen und die Verantwortung dafür übernehmen.

Das wollten viele Anwesenden nicht hinnehmen. Sie hielten plötzlich Protest-

schilder hoch: „Wald muss Wald bleiben“, oder „Für unseren Erholungsraum, für unsere Gemeinde“. Als dann auch noch Vertreter der Bürgerinitiative verkündeten, bereits 1706 Unterschriften gegen den Windpark gesammelt zu haben, erklärte der Bürgermeister, dass er nicht her gekommen sei, „um mich vor ein Tribunal zu stellen“.